

N i e d e r s c h r i f t

über die 15. Sitzung des Rates
am Donnerstag, 27.04.2023, im Rosencafé Brunshausen

Beginn: 18:30 Uhr
Ende: 22:01 Uhr

Anwesende:

Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Franziska Schwarz

Ratsmitglied

Ratsherr Günter Ahrens
Ratsherr David Artschwager
Ratsfrau Petra Dröge
Ratsherr Hendrik Geske bis 22:01 Uhr
Ratsherr Torge Gipp
Ratsfrau Anja Görlach
Ratsherr Heinrich Hohls
Ratsherr Niklas Kielhorn
Ratsherr Gerry Klein
Ratsherr Michael Krauel
Ratsvorsitzender Detlev Krause
Ratsfrau Ingrid Lohmann
Ratsherr René Osbahr bis 21:00 Uhr
Ratsherr Heinrich Philipps
Ratsfrau Ricarda Polzin
Ratsherr Florian Porde
Ratsfrau Dr. Trude Poser
Ratsherr Jonas Schnute

Es fehlte entschuldigt:

Karin Albig
Veronika Gottschalk

Von der Verwaltung

Claudia Bastian
Franziska Vogt
Ellen Waldmann

Protokollführerin

Heike Mahly

Gleichstellungsbeauftragte

Gleichstellungsbeauftragte Annegret Wrobel

Pressevertreter

Frau Heinemann u. Herr Hillebrecht vom GK, Herr Fischer

Zuschauer*innen: bis zu 30

Öffentlicher Teil:

Vor Eintritt in die Tagesordnung der öffentlichen Ratssitzung haben Bürgerinnen und Bürger Gelegenheit, Anfragen und Anregungen an die Bürgermeisterin und an den Rat zu richten.

Herr Baade bezieht sich auf den 1. Nachtragshaushalt, hier im Teilhaushalt 8 auf die vorgesehenen 100.000 Euro für die Machbarkeitsstudie. Er verweist darauf, dass eine Sanierung dort nicht aufgeführt wäre und möchte die Ausrichtung der Verwaltung erfahren.

Des Weiteren hinterfragt er die geplanten Ausgaben für den Kauf von Zaunelementen und Drehkreuzen von der LAGA. Dies ist aus seiner Sicht unnötig, wenn der Eingang ins Freibad nach der LAGA wie sonst über das Hallenbad erfolge. Er möchte wissen, ob der Freibadbetrieb bereits ohne das Hallenbad geplant sei.

Darüber hinaus moniert er, dass seitens der Stadt immer neue Bedenken und Forderungen auftauchten und die Ratsentscheidung hinausgezögert würde.

Auch dass die Elektrik abgängig sei, ist aus seiner Sicht nicht nachvollziehbar.

Und er bemängelt die Weigerung, mit der Genossenschaft über das Personal zureden.

Ferner möchte er wissen, ob der Hinweis, dass eine Genossenschaftsversammlung einzuberufen sei, so zu deuten wäre, dass die Stadt die Auflösung der Genossenschaft anstrebe?

Bürgermeisterin Schwarz weist die Unterstellung, die Stadt strebe die Auflösung der Genossenschaft an, mit Deutlichkeit zurück. Sie erklärt, dass es keine Vorfestlegung gäbe, aber die Lebensdauer des Bades begrenzt sei. Es bestehe Handlungsbedarf und es müsse geklärt werden, wie es weitergehen könne und welche Fördermittel zur Verfügung stünden.

Dafür sei die Machbarkeitsstudie Voraussetzung. Die Gelder seien in den Nachtrag eingestellt, damit die Studie schnellst möglich beauftragt werden könne.

Die Zaunelemente und Drehkreuze seien nach der LAGA verfügbar, auch die Genossenschaft möchte ein eingezäuntes Freibad. Die Anschaffungskosten seien bei Neukauf höher.

Die Bürgermeisterin wehrt sich auch gegen den Vorwurf, neue Forderungen aufzusatteln – die zuständige Bauaufsichtsbehörde des Landkreises stelle die Forderungen, nicht die Stadt. Und dass die Elektrik (Verteilung) abgängig sei, sei nachgewiesen.

Hinsichtlich des Personals habe die Genossenschaft lange eine Bereitstellung verweigert, nun sei die LAGA Betreiberin des Freibades und insofern die richtige Ansprechpartnerin.

Herr Tschäpe bezieht sich auf das Protokoll der Ratssitzung vom 23.03.2023, wonach das Bad am 14.04.2023 voll funktionsfähig sei. Er möchte wissen, ob das Freibad voll funktions- und wettkampffähig wäre.

Bürgermeisterin Schwarz bestätigt die volle Funktionsfähigkeit und erläutert, dass die Absorberanlage dafür nicht benötigt würde.

Herr Tschäpe moniert, dass das Bad aus seiner Sicht ohne Absorberanlage weder funktions- noch wettkampffähig sei.

Er appelliert an die Ratsmitglieder, die Finanzierung zu untersuchen sowie Gelder zurückzuhalten und in das Hallenbad zu investieren. Es würden 200.000 Euro benötigt, dass sei nicht so viel und bringe wichtige Zeit.

Frau Mallok verweist auf die erfolgreiche Geschichte des Hortes mit gut ausgebildeten Fachkräften. Sie betont, dass es immer eine Warteliste gäbe, aktuell würden dort 26 Kinder betreut. Zwar stünden bei der Randzeitenbetreuung 30 Plätze zur Verfügung, mindestens 60 Kinder warteten aber auf einen Betreuungsplatz. Sie appelliert an die Ratsmitglieder, die Entscheidung zu überdenken und übergibt der Bürgermeisterin eine Liste mit ca. 200 Unterschriften zur Unterstützung des Hortes.

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Krause eröffnet die Sitzung um 18:55 Uhr und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er gibt bekannt, dass die Ratsfrauen Albig und Gottschalk entschuldigt fehlen.

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Bürgermeisterin Schwarz bittet für TOP 14 um Absetzung und weist bei TOP 16 darauf hin, dass dieser durch die Anwesenheit von Eltern und Kindern nach TOP 2 beraten werden sollte.

Ratsherr Artschwager schlägt vor, in Anbetracht der anwesenden Zuschauer TOP 21 nach TOP 7 aufzurufen.

Die Tagesordnung wird einvernehmlich mit der vorgenannten Änderung festgestellt.

Abstimmungsergebnis: 19 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

TOP 16 wird vor TOP 3 beraten.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift der 14. Sitzung vom 23.03.2023 nach Auswertung

Ratsherr Geske verweist auf die Anregungen 1. und 2. von Herrn Tschäpe auf S. 2 des Protokolls und möchte wissen, wie eine solche Überprüfung im Rat gesehen würde.

Ratsherr Kielhorn erwidert, dass eine solche Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt vorgenommen würde.

Die Verwaltung erläutert, dass dies beim Prüfen der Verwendungsnachweise erfolgen würde, da der Bau des Freibads aus Fördermitteln finanziert wurde.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

TOP 4 Berichte der Bürgermeisterin über wichtige Angelegenheiten und Beschlüsse

- a) Bürgermeisterin Schwarz gibt die aktuelle Anzahl der Flüchtlinge aus der Ukraine bekannt: 220 Personen insgesamt, davon 97 Kinder. 79 der Kinder besuchen die Schulen, 18 die Kindergärten.
- b) Frau Schwarz gibt folgende Termine bekannt:
 - 23. Mai um 19 Uhr: Sportlerehrung im Forum des Gymnasiums
 - 16. Juli um 11:15 Uhr: Verleihung der Ehrenamtspreise auf der DFS-Bühne
 - 20./21. Mai auf der LAGA: Blaulicht-Wochenende mit Besuch von Innenministerin Behrens am 21.5, dabei Eintrag ins Goldene Buch der Stadt
- c) Der Ratssaal ist bis auf Weiteres aus Gründen des fehlenden Brandschutzes geschlossen.
- d) Die Verwaltung berichtet in Sachen Hallenbad, dass bereits ein Betriebskostenzuschuss in Höhe von 50.000 Euro an die Betriebsgenossenschaft ausgezahlt worden sei. Nun sei am 26. April ein weiterer Antrag auf Auszahlung eines Betriebskostenzuschusses eingegangen, 168.000 Euro wurden beantragt. Die Verwaltung weist in diesem Zusammenhang ausdrücklich darauf hin, dass diese Gelder ausschließlich für den laufenden Betrieb eingesetzt würden. Sanierungsmaßnahmen seien bei der Beantragung noch nicht berücksichtigt.

TOP 5 Berichte delegierter Ratsmitglieder

Berichte liegen nicht vor.

TOP 6 Anfragen und Anregungen

- a) Ratsherr Klein regt an, die Verteilung der gelben Säcke zu überdenken, weil angeblich im Stadtgebiet keine zu bekommen seien.

Die Verwaltung stellt klar, dass im Bürgerbüro gelbe Säcke vorrätig seien, es gäbe dort keine Engpässe. Neben dem E-Center war mit Blumen-Dörries noch eine dritte Ausgabestelle geplant, dies sei von der Firma Mittelstädt jedoch nicht einzurichten gewesen.

- b) Des Weiteren möchte Ratsherr Klein wissen, wann die Toilette in der Kellergasse wieder nutzbar wäre.

Die Verwaltung berichtet, dass die Sanierung abgeschlossen sei und die Toilette nach einer Grundreinigung wieder geöffnet werden könne.

- c) Ferner weist Ratsherr Klein auf den schlimmen Zustand des Hauses Steinweg 29 hin.

Da es sich um privaten Besitz handele, seien der Verwaltung die Hände gebunden. Ratsfrau Dr. Poser ergänzt, dass der Arbeitskreis Innenstadt sich bemüht habe, den Steinweg durch ein Hopfentor zu verschönern, dies von den Eigentümern jedoch abgelehnt worden wäre.

- d) Ratsherr Geske möchte wissen, wie mit der Vakanz der Stelle des Jugendpflegers umgegangen würde.

Die Verwaltung erläutert, dass diese vor einer erneuten Ausschreibung extern bewertet werde.

- e) Des Weiteren erfragt Ratsherr Geske die Kosten für die Ampelanlage am Klosterhügel.

Hier verweist die Verwaltung an die LAGA. Es handelt sich um eine Miet-Ampel, die gemeinsam mit einer anderen Ampelanlage angemietet werde. Die Anlage sei vom Landkreis zur barrierefreien Erreichbarkeit des Klosters angeordnet worden.

- f) Ratsherr Geske regt an, in Sachen des geschlossenen Ratssaals mit der Denkmalschutzbehörde über zu öffnende Gitter zu sprechen.

Die Verwaltung berichtet, dass die Denkmalpflege zu öffnende Gitter abgelehnt habe, ggf. sei ein zweiter Fluchtweg über die Kellergasse einzurichten.

- g) Bezogen auf die am 18.04.2023 gestellte Anfrage von Ratsherrn Geske in Sachen Ferienbetreuung erläutert die Verwaltung, dass die Jugendräume im Sommer immer geschlossen gewesen seien, so auch in diesem Jahr. Und der diesjährige Ferienpass biete ein ganztägiges regionales Programm über drei Wochen, das online buchbar wäre. Der Stadtjugendring habe Unterstützung zugesagt.

- h) Ratsherr Gipp möchte Auskunft über den Sachstand Schafstallkamp.

Die Verwaltung erläutert, dass der Haushalt erst genehmigt werden musste, nun solle die Ausschreibung erfolgen. Der Ortsvorsteher werde immer auf dem Laufenden gehalten und solle seinerseits die Bürger*innen informieren.

Auch Ratsvorsitzender Krause ist bemüht, Anwohnerinnen und Anwohner zu informieren.

- i) Ratsherr Geske kommt noch einmal auf seine Anfrage zum Protokoll zurück, ob der Rat einer kommunalrechtlichen Überprüfung zustimme.

Ratsherr Porde äußert seine Zustimmung.

Ratsherr Kielhorn weist noch einmal darauf hin, dass eine Überprüfung sowieso geschehe und eine Sonderprüfung zusätzliche Kosten verursachen würde.

Ratsherr Artschwager spricht sich dafür aus, dass eine solche Prüfung stattfinden könne.

Ratsherr Hohls stellt den Sinn einer zusätzlichen Prüfung in Frage.

Auch Ratsfrau Dr. Poser verweist auf die Prüfung im Rahmen der Verwendungsnachweise.

TOP 7 **Berichterstattung der Landesgartenschau gGmbH über den aktuellen Sachstand**

Frau Hobbie, Geschäftsführerin der LAGA gGmbH berichtet, dass

- die Eröffnung gut gelaufen sei
- das Freibad funktioniere, die Windlast kleine Probleme verursachen könne
- das Grüne Klassenzimmer gut angenommen würde
- in der Blumenhalle bereits für die zweite Show gepflanzt sei
- am Wochenende das Fest der Chöre stattfinden werde
- sie nun auch in der Baustellenkontrolle für die Ampelanlage geschult sei.

Ratsherr Geske möchte wissen, welche Kosten die Ampelanlage verursachen würde.

Anmerkung der LAGA

Die Ampelanlage kostet ca. 52.000 Euro.

Des Weiteren möchte Ratsherr Geske wissen, wie die Anzahl der Besuche von Dauerkartenbesitzer*innen gezählt würde.

Frau Hobbie erläutert, dass diese nur einmal täglich gezählt würden; man ginge pro Person von fünf bis sechs Besuchen insgesamt aus.

Ratsherr Kielhorn lobt den guten Marketingeffekt der LAGA, allerdings möchte er wissen, ob die Art der Absperrung der Straße in Brunshausen so nötig sei.

Ratsherr Klein dankt Frau Hobbie und spricht sein Lob aus.

Auch Ratsfrau Görlach lobt das gelungene Gelände, an einigen Flächen seien noch Nacharbeiten nötig.

Auf die Frage nach der Besucher*innenzahl merkt Frau Hobbie an, dass diese erst nach Abschluss der LAGA bekannt gegeben werde.

Frau Görlach regt an, keine Glasflaschen in Bereichen auszugeben, wo Kinder spielen könnten.

Ratsherr Porde möchte wissen, wie die LAGA zu dem Angebot stehe, dass Personal des Hallenbades einzusetzen.

Frau Hobbie erwidert, dass ihr kein Angebot vorliege. Die LAGA sei aber von der Genossenschaft hingengelassen worden und habe nun andere Lösungen gefunden, diese Kräfte könne man nun nicht entlassen.

Bürgermeisterin Schwarz bedankt sich im Namen von Rat und Verwaltung mit einem Blumenstrauß bei Frau Hobbie für den gelungenen Start der Landesgartenschau.

TOP 8 **Bericht des Beirats für ein BARRIEREFREIES Bad Gandersheim**

Die Beauftragte für ein Barrierefreies Bad Gandersheim ist urlaubsbedingt abwesend; ein Bericht wird in der nächsten Ratssitzung vorgelegt.

TOP 9 Ausrichtung des künftigen Hochwasserschutzes
Drucks. 329/19 - 1

Für Ratsherrn Schnute geht die Ausrichtung des Hochwasserschutzes in die richtige Richtung, in den Dörfern der Heberbörde seien Maßnahmen zur Renaturierung geplant, ein Ingenieurbüro könne beauftragt werden.

Auch Ratsfrau Dr. Poser hält den Ansatz für richtig, das Wasser vor den Dörfern zurück zu halten. Die Umsetzung des Konzepts könne bei Starkregenereignissen helfen. Auch die Neubildungsrate des Grundwassers könne so verbessert werden. Fördermöglichkeiten und Finanzierbarkeit müssten geprüft werden, 380.000 Euro Ersatzgeldzahlung aus der Windkraft könnten für die Maßnahmen eingesetzt werden.

Ein entsprechender Zusatz in der Kooperationsvereinbarung in Sachen Windkraft mit dem Landkreis sollte eingefügt werden.

Ratsherr Geske erinnert noch einmal daran, dass seit 2018 im Hochwasserschutzausschuss nichts passiert sei. Nun sei er erfreut über das vorliegende Konzept, mahnt aber an, dass weitere Investitionen getätigt werden müssten.

Vom Rat wird auf Empfehlung des Verwaltungsausschusses folgender Beschluss gefasst:

„Zur Gewährleistung eines für die Stadt Bad Gandersheim zukunftsfähigen und wirksamen Hochwasserschutzes wird folgender Beschluss gefasst:

1. Vor den Ortslagen sind geeignete und naturnahe Rückhaltemöglichkeiten zu schaffen. Hierbei wird der Fokus auf kleine Staulagen an, sowie den naturnahen Ausbau von Fließgewässern gelegt.
2. Innerhalb der Ortschaften muss ein schneller Abfluss des auftretenden Wassers gewährleistet sein. Hierfür sind vorhandene Engstellen zu beseitigen und Möglichkeiten zum Flächenabfluss zu schaffen.
3. Das Konzept “Starkregen 2030” (Anlage 1) stellt die Arbeitsgrundlage für künftige Hochwasserschutzmaßnahmen dar.

Die umzusetzenden Maßnahmen sollen mindestens einen Schutz gegen ein statistisch alle 20 Jahre wiederkehrendes Hochwasser bieten. Die Umsetzung von Maßnahmen nach den oben genannten Grundsätzen erfolgt zunächst in den Ortschaften Ackenhausen, Altgandersheim, Gremshausen und Helmscherode. Der Abschluss eines großen Teils sollte für 2030 anvisiert sein. Eine Umsetzung in den anderen Ortschaften sowie der Kernstadt wird in Zukunft angestrebt.“

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

TOP 10 Ehrengräbersatzung der Stadt Bad Gandersheim
Drucks. 345/19 - 1

Ratsherr Kielhorn stellt den Antrag, die Satzung in § 5 zu ergänzen: die Widmung solle durch Beschluss des Rates mit **2/3-Mehrheit** widerrufen werden können.

Ratsherr Geske merkt an, dass die unbegrenzte Gültigkeit für ihn zu lang sei.

Der Ratsvorsitzende lässt über den Änderungsantrag von Ratsherrn Kielhorn abstimmen:

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Vom Rat wird zu der geänderten Drucksache folgender Beschluss gefasst:

„Der vorliegende Satzungsentwurf über Ehrengrabstätten der Stadt Bad Gandersheim wird unter Berücksichtigung von genannten Änderungen genehmigt“

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

**TOP 11 Widmung der Grabstätte von Rudolf Cahn von Seelen zur Ehrengrabstätte
Drucks. 318/19 – 1**

Die Verwaltung erläutert, dass dieser Beschluss durch die beschlossene Ehrengräbersatzung obsolet sei.

**TOP 12 1. Änderung des Bebauungsplan Nr. 1 "Am Knack"
hier: Aufstellungsbeschluss
Drucks. 258/19**

Vom Rat wird auf Empfehlung des Verwaltungsausschusses folgender Beschluss gefasst:

„Der Bebauungsplan Nr. 1 „Am Knack“ wird hinsichtlich des im beiliegenden Lageplan gekennzeichneten Teilbereiches mit dem Ziel geändert, hier u. a. die Festsetzung der Allgemeinen Wohnbebauung in der Geschossigkeit auf zwei Vollgeschossen sowie einer Geschossflächenzahl von 0,6 zu erweitern. Der Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB wird gefasst. Änderungen werden im weiteren Verfahrensgang mit eingebracht und beraten“

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

TOP 13 1. Teiländerung B-Plan "Am Knack"
hier: Abschluss eines städtebaulichen Vertrages
Drucks. 260/19

Vom Rat wird auf Empfehlung des Verwaltungsausschusses folgender Beschluss gefasst:

„Zwecks Übernahme der Planungs- und sonstigen Kosten im Zusammenhang mit der 1. Teiländerung des Bebauungsplanes Nr. 1 „Am Knack“ wird (vorbehaltlich der Beschlussfassung der Drucksache Nr. 258/19 -Aufstellungsbeschluss) mit dem Eigentümer des Grundstücks Flur 1, Flurstück 102/85, ein städtebaulicher Vertrag abgeschlossen.“

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

TOP 14 Hallenbad, hier: Antrag der Betriebsgenossenschaft für das Sole-Wald-
schwimmbad Bad Gandersheim eG
A N L A G E wird nachgereicht
Drucks. 346/19

Dieser TOP wurde von der Tagesordnung genommen.

TOP 15 Abschluss Kooperationsvereinbarung Windkraft für die Steuerung der Wind-
energie im Landkreis Northeim
Drucks. 315/19

Ratsfrau Dr. Poser berichtet, dass Fragen, die bislang nicht beantwortet wurden, nun geklärt seien. Vorhaben dieser Art müssten geregelt werden, um kontrollieren zu können, ob Projektierer Auflagen berücksichtigen würden. Wenn schon Landschaftsbilder vor Ort beeinträchtigt würden, sollte die Ausgleichszahlung den Bürger*innen direkt zu Gute kommen. Gemeinsam mit Rats Herrn Kielhorn wird folgender Antrag gestellt:

„Die Verwaltung wird beauftragt, eine gemeinsame Vereinbarung, möglichst mit allen Kommunen mit dem Landkreis dahingehend zu treffen, dass die Ersatzgeldzahlungen für die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes für Naturschutzmaßnahmen zur Verbesserung des Landschaftsbildes in der jeweiligen betroffenen Kommune verwendet wird.“

Ratsherr Geske wirft der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen vor, trotz Energiewende Windkraft verhindern zu wollen.

Ratsfrau Dr. Poser erwidert, dass auch beim Ausbau der Windkraft Gesetze einzuhalten seien. Am Beispiel der Windkraftanlagen in Dannhausen macht sie auf den Missstand aufmerksam, dass dafür keine Gewerbesteuer an die Stadt Bad Gandersheim gezahlt würde.

Ratsherr Kielhorn macht deutlich, dass der Beschluss sich nicht gegen die Windkraft richtete, aber die Gelder für den Ausgleich müssten auch dort ankommen, wo Schaden entstanden sei.

Ratsvorsitzender Krause lässt über den Antrag von Ratsfrau Dr. Poser und Ratsherrn Kielhorn abstimmen:

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Vom Rat wird folgender ergänzter Beschluss gefasst:

„Die Verwaltung wird beauftragt die im Entwurf beigefügte Kooperationsvereinbarung für die Steuerung der Windenergie im Landkreis Northeim zu unterzeichnen.
Die Verwaltung wird beauftragt, eine gemeinsame Vereinbarung, möglichst mit allen Kommunen mit dem Landkreis dahingehend zu treffen, dass die Ersatzgeldzahlungen für die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes für Naturschutzmaßnahmen zur Verbesserung des Landschaftsbildes in der jeweiligen betroffenen Kommune verwendet wird.“

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Top 16 wurde vor TOP 3 beraten.

TOP 16 Auswahl der künftigen Ganztagesbetreuung Drucks. 343/19

Ratsherr Geske gibt bekannt, dass er als Geschäftsführer der Lebenshilfe als aktuellem Hortbetreiber nicht mitstimmen wird.

Ratsherr Porde sichert den anwesenden Eltern die Unterstützung seiner Fraktion zu. Er verweist auf einen grundlegenden Unterschied zwischen Hort – und Randzeitenbetreuung, den Personalschlüssel. Der sei im Hort 1:10, das bedeute 6 Minuten pro Kind pro Stunde, und bei der Randzeitenbetreuung 1:15, das bedeute 4 Minuten pro Kind pro Stunde und damit eine wesentliche Verschlechterung. Zwar sei die Qualifikation der Mitarbeitenden gleich, die Vorgaben für Hort und Randzeitenbetreuung aber nicht.

Die Verwaltung strebe nach seiner Auffassung eine Verschlechterung der Betreuung an.

Ratsherr Porde betont, dass der Hort keine Konkurrenz für die Ganztagsangebote der Schulen sei. Der Hort sei gemacht für Kinder, die einen erhöhten Förderbedarf hätten.

Er unterstellt den Befürwortern der Randzeitenbetreuung, dass diese eine verbindliche Ganztagsbetreuung anstreben würden.

Ratsherr Porde blickt zurück auf den Beschluss vom 22.08.2022 und fasst die weitere Entwicklung durch die Gremien zusammen.

Abschließend beantragt er die namentliche Abstimmung zu dieser Drucksache.

Ratsherr Artschwager führt aus, dass im Hort zwei Gruppen von 12 und 20 Kindern von jeweils zwei Erzieher*innen betreut wurden. Trotz Kostensteigerungen habe man gemeinsam beschlossen, dies weiterlaufen zu lassen, allerdings ohne die kaum genutzte Frühzeitenbetreuung. In einem qualitativen Vergleich stellt Herr Artschwager das Alter der betreuten Kinder gegenüber, im Hort würden Kinder bis 14 Jahren, in der Randzeitenbetreuung nur Grundschulkinder betreut. Auch hebt er hervor, dass im Hort zwei Erzieherinnen vorgesehen seien, in der Randzeitenbetreuung eine pädagogische Assistenzkraft und eine weitere Person.

Seine Fraktion befürworte die Fortführung des Hortes.

Ratsfrau Dröge macht deutlich, dass es im Rahmen der Ganztagsschule weiterhin gute Betreuungsangebote für Kinder geben werde: Essen in der Mensa, Hausaufgabenhilfe und pädagogische Betreuung. 30 Kinder seien bei der Randzeitenbetreuung gut versorgt.

Durch die Überlappungszeiten von Hort und Ganztagsschule könnten allerdings Hortkinder die AG-Angebote der Schule nicht nutzen. Ziel sei eine kostenlose Ganztagsbetreuung für alle Kinder. Sie appelliert an die Eltern, der Randzeitenbetreuung eine Chance zu geben.

Ratsherr Kielhorn berichtet, dass nach Durchsicht der Konzepte die Randzeitenbetreuung für seine Fraktion eine gute Alternative für die Betreuung der Kinder im Anschluss an den Ganztag sei. Auch beim Hort wäre es durch die neue Ausschreibung zu Veränderungen gekommen, da ggf. neue Träger und veränderte Konzepte zum Einsatz gekommen wären. Bei beiden Konzepten würde kein Kind ohne Betreuung bleiben, auch würde bei beiden Modellen inklusive Betreuung geboten. Er betont die gute Arbeit, die die Ganztagsschule mit ihren pädagogischen Mitarbeiter*innen bereits leiste und verwehrt sich in diesem Zusammenhang dagegen, wie abwertend und anmaßend über diese als auch über die zukünftigen Kräfte der Randzeitenbetreuung öffentlich geurteilt werde.

Ratsherr Kielhorn verweist auch auf die Unterschiede z.B. bei der Hausaufgabenhilfe, allerdings sei diese im Ganztagsangebot der Schule bereits gewährleistet.

Da die Kommunen zudem verpflichtet seien, ab 2027 für jedes Kind einen Ganztagsplatz einzuplanen, könne ein Hort in der bisherigen Form gar nicht mehr vorgehalten werden, da zwei Betreuungsplätze für ein Kind nicht zu finanzieren seien. Spätestens dann müsste man sich von dem Hort-Konzept verabschieden.

Des Weiteren möchte Ratsherr Kielhorn auf die Sorgen derjenigen Eltern eingehen, die auf Betreuungskapazität angewiesen seien und auf die Frage, wie die Auswahl der Kinder bei reduziertem Platzangebot erfolgen würde. Hier biete die Randzeitenbetreuung die Möglichkeit, auf erhöhten Bedarf flexibel zu reagieren. Diese Flexibilität möchte seine Fraktion nutzen und die Altersgrenze erhöhen, um eine Betreuungslücke im Anschluss an die Ganztagsbetreuung der weiterführenden Schulen gar nicht erst entstehen zu lassen.

Ratsherr Kielhorn beantragt, die Randzeitenbetreuung bis zur 6. Klasse zu erweitern.

Ratsfrau Polzin erkennt den Wunsch der Eltern nach Konstanz bei Betreuungspersonen an, es müsse aber trägeroffen ausgeschrieben werden. Konstanz könne nicht garantiert werden. Auch halte sie einen guten Personalschlüssel für wünschenswert, sieht aber die Begrenzung auf 20 Hortplätze kritisch. Ihr sei die Flexibilität bei der Randzeitenbetreuung wichtig, die vorgesehenen 30 Plätze seien bei Bedarf erweiterbar. Pädagogisch ausgebildetes Personal sei bei beiden Alternativen vorgesehen, insofern gebe das Platzangebot den Ausschlag.

Ratsherr Porde lobt die Initiative für den Erhalt des Hortes. Er appelliert an die Ratsmitglieder, für den Erhalt des Hortes zu stimmen.

Der Ratsvorsitzende Krause stellt den Antrag von Ratsherrn Kielhorn zur Abstimmung, die Randzeitenbetreuung bis zur 6. Klasse zu erweitern:

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Der Ratsvorsitzende Krause stellt den Antrag von Ratsherrn Porde zur Abstimmung, namentlich (ANLAGE) abzustimmen:

Abstimmungsergebnis: 19 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Vom Rat wird folgender Beschluss gefasst:

1. „Der Betrieb des Hortes mit 20 Plätze wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen

alternativ

2. “Der Betrieb einer Randzeitenbetreuung für Kinder bis zur 6. Klasse mit 30 Plätzen wird beschlossen. “

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen

TOP 17 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Gandersheimer Domfestspiele Drucks. 336/19

Vom Rat wird auf Empfehlung des Verwaltungsausschusses folgender Beschluss gefasst:

„Die Vertreter/innen der Stadt Bad Gandersheim in der Gesellschafterversammlung Gandersheimer Domfestspiel gGmbH werden angewiesen, die im Abschnitt II des Entwurfs der beigefügten Urkunde des Notars aufgeführten Satzungsänderungen (siehe **ANLAGE 1**) zu beschließen.“

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

TOP 18 Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung hier: Sozialstation Bad Gandersheim Kalefeld gGmbH Drucks. 340/19

Vom Rat wird auf Empfehlung des Verwaltungsausschusses folgender Beschluss gefasst:

„Mit Ratsbeschluss vom 23.02.2023, Beschlussvorlage Nr. 228/19 wurde die Rechtsformänderung /Umwandlung der Sozialstation beschlossen.

Der Rat der Stadt Bad Gandersheim nimmt zur Kenntnis, dass die Beteiligung nach § 152 Abs. 1 Nr. 3 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) dem Landkreis Northeim anzuzeigen ist.“

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

**TOP 19 Jahresabschluss der Stadt Bad Gandersheim für das Haushaltsjahr 2021
Drucks. 337/19**

Vom Rat wird auf Empfehlung des Verwaltungsausschusses folgender Beschluss gefasst:

- „1. Der Jahresabschluss 2021 wird beschlossen.
2. Das Jahresergebnis des Ergebnishaushaltes der Stadt Bad Gandersheim für das Haushaltsjahr 2021 i. H. v. - 537.148,89 EUR wird auf neue Rechnung vorgetragen und erhöht den doppelten Fehlbetrag insgesamt.“

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen
 0 Nein-Stimmen
 2 Enthaltungen

Bürgermeisterin Schwarz verlässt ihren Sitz.

**TOP 20 Jahresabschluss der Stadt Bad Gandersheim für das Haushaltsjahr 2021
hier: Entlastung der Bürgermeisterin
Drucks. 338/19**

Vom Rat wird auf Empfehlung des Verwaltungsausschusses folgender Beschluss gefasst:

„Der Bürgermeisterin wird gem. § 129 Absatz 1 NKomVG für die Rechnungslegung 2021 Entlastung erteilt.“

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen
 0 Nein-Stimmen
 2 Enthaltungen

Bürgermeisterin Schwarz nimmt ihren Sitz wieder ein.

TOP 21 wurde nach TOP 7 beraten.

**TOP 21 Beratung und Beschluss einer 1. Nachtragssatzung für den Ergebnis- und Finanzhaushalt der Stadt Bad Gandersheim für das Haushaltsjahr 2023
Drucks. 342/19**

Ratsherr Gipp verweist auf seine im Vorfeld schriftlich eingereichten Fragen, die aus seiner Sicht nicht ausreichend beantwortet wurden.

Beispielsweise würde im Hinblick auf das Gebäude in der Marienstraße nur kleckerweise saniert, ohne die Wirtschaftlichkeit der Einzelmaßnahmen zu prüfen. Die Kosten für die Parkplätze im Dehneweg seien planbar gewesen und hätten in den ordentlichen Haushalt gehört. Er drückt sein Missfallen aus, dass diese erst im Nachtrag auftauchen würden.

Die Verwaltung erläutert, dass in der Marienstraße sowohl die Heizungsanlage als auch das Dach zeitnah erneuert werden müssten, da beides abgängig sei und man den Mietern gegenüber in der Pflicht sei. Grundsätzlich sei das Gebäude aber perspektivisch zu betrachten, zumal die HNO-Praxis zum Jahresende schließen würde.

Beim Parkplatz Dehneweg sei ein Grundstückskauf für die Nachnutzung erforderlich gewesen. Das Freibad müsse nach der LAGA u. a. wieder eingezäunt werden; Zäune und Drehkreuze für den Einlass seien für die LAGA angeschafft und könnten nach deren Ende günstig übernommen und in Einsatz gebracht werden.

Bürgermeisterin Schwarz weist darauf hin, dass nach der kürzlich erfolgten Genehmigung des Haushalts für 2023 wichtige Projekte wie die Gründung der Stadtmarketing-Gesellschaft angeschoben werden könnten. Auch andere Schwerpunkte des Haushalts wie der Einbau neuer Fenster in der Grundschule, Maßnahmen zur Verbesserung bei Straßen und Friedhöfen, dem Hochwasser- u. Katastrophenschutz, der Feuerwehr, in Kitas und Dörfern könnten nun umgesetzt werden.

Jedes Dorf könne zukünftig über 500 Euro für Sachaufwendungen selbst verfügen. Auch seien neue Feuerwehrgerätehäuser sowohl in der Harz- als auch in der Heberbörde geplant. In die Spielplätze der Stadt würde investiert (50.000 Euro), genauso wie in einen neuen Ballfangzaun im Stadion (35.000 Euro).

Die LAGA habe ein Gesamtinvestitionsvolumen von rund 16,7 Millionen Euro ausgelöst, von denen rund 90 % aus dem Programm „Zukunft Stadtgrün“ gefördert würden.

Mit dem 1. Nachtrag seien weitere wichtige Maßnahmen vorgesehen, wie der Austausch der Heizungsanlagen in der Wilhelmsburg und der Marienstraße (hier mit Dachsanierung) in Höhe von insgesamt 150.000 Euro.

Auch müsse den gestiegenen Energiepreisen Rechnung getragen werden, hierfür seien allein 200.000 Euro zu veranschlagen.

Um nach der LAGA Parkplätze für die Nachnutzung des Geländes vorhalten zu können, seien 300.000 Euro eingeplant.

Für die Finanzierung des Freibades wurden 560.000 Euro im Nachtrag, sowie 150.000 Euro für zusätzliche Umkleidekabinen, Umzäunung und Drehkreuze veranschlagt.

Die Kostensteigerungen im Freibad erklärten sich einerseits durch die schwierige Lage während der Pandemie sowie den Auswirkungen des Ukraine-Kriegs, andererseits haben gestörte Bauabläufe zu Bauzeitverlängerungen und höheren Maschinenkosten geführt. Auch seien weitere Kosten u. a. durch die ursprünglich nicht geplante Anschaffung eines Saugroboters sowie eines Beckenlifts für Menschen mit Behinderungen angefallen.

Die Schlussrechnung des Planungsbüros liege noch nicht vor, es dürfte aber zu Verhandlungen wegen der unzureichend übernommenen Aufgabe der Bauherrenvertretung kommen.

Grundsätzlich sei das Freibad nicht nur schön und wichtig für die LAGA, sondern für die Lebensqualität in der Stadt. Keinesfalls dürfe zugelassen werden, dass das Freibad gegen das Hallenbad gestellt würde! Alle wollten ein Hallenbad, und um es zukunftsfest auszurichten und Fördermittel einwerben zu können, sei die Machbarkeitsstudie Voraussetzung. Dazu stünden 100.000 Euro im Nachtrag.

Frau Bürgermeisterin Schwarz appelliert an die Ratsmitglieder, diese Maßnahmen trotz des wachsenden Defizits zu beschließen; sie sagt sparsames Wirtschaften zu.

Ratsherr Artschwager hinterfragt die nicht zustande gekommene Förderung der Turnhalle Altgandersheim (66.300 Euro und 16.500 Euro).

Die Verwaltung erläutert, dass dies in einer fehlerhaften Rechtsanwendung eines erkrankten Mitarbeiters begründet liege, man mittlerweile aber besser aufgestellt sei.

Ratsherr Porde beantragt eine Sitzungsunterbrechung um 20:52 Uhr.

Einer Unterbrechung wird nach Abfrage durch Ratsvorsitzenden Krause mehrheitlich zugestimmt.

Ratsherr Osbahr meldet sich krankheitsbedingt um 20:53 Uhr von der Sitzung ab.

Ratsvorsitzender Krause eröffnet die Sitzung wieder um 21:01 Uhr.

Für Ratsherrn Artschwager gibt der Nachtrag Anlass für Bedenken, da bereits unmittelbar nach der Genehmigung des ordentlichen Haushalts ein Nachtragshaushalt vorgelegt wird. Er bemängelt, dass zwar höhere Ausgaben für Energie und energetische Maßnahmen eingeplant wären, das von seiner Fraktion beantragte Energieeffizienzkonzept aber noch nicht vorläge und auch nicht in Aussicht sei.

Ratsherr Kielhorn weist darauf hin, dass wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht bzw. fortgeführt würden. Im Hinblick auf die Machbarkeitsstudie erinnert er daran, dass der Landkreis ein Zukunftskonzept für das Hallenbad verlange, dies setze das Vorliegen einer solchen Studie voraus.

Ratsfrau Görlach beantragt eine weitere Sitzungsunterbrechung um 21:12 Uhr.

Einer Unterbrechung wird nach Abfrage durch Ratsvorsitzenden Krause mehrheitlich zugestimmt.

Ratsvorsitzender Krause eröffnet die Sitzung wieder um 21:15 Uhr.

Vom Rat wird auf Empfehlung des Ausschusses für Finanzen und Personal sowie des Verwaltungsausschusses folgender Beschluss gefasst:

- „1. Die 1. Nachtragssatzung für den Ergebnis- und Finanzhaushalt der Stadt Bad Gandersheim für das Haushaltsjahr 2023 wird mit den vorgenommenen Änderungen beschlossen.
2. Die geänderten Investitionen werden entsprechend dem vorliegenden Entwurf festgesetzt.“

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimmen
6 Enthaltungen

TOP 22 Sonstiges

Zusätzliche Tagesordnungspunkte wurden nicht aufgenommen.

TOP 23 Schließen der Sitzung

Ratsvorsitzender Krause schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 22:01 Uhr.

Nach Abschluss der Tagesordnung der öffentlichen Ratssitzung haben Bürgerinnen und Bürger erneut Gelegenheit, Anfragen und Anregungen an die Bürgermeisterin und an den Rat zu richten.

Anfragen und Anregungen liegen nicht vor.

Detlev Krause
Ratsvorsitzender

Franziska Schwarz
Bürgermeisterin

Heike Mahly
Protokollführerin